Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD**Frauenförderung in der Wissenschaft im Lande Bremen**

Der im Gegensatz zu den Studierenden niedrige Anteil von Frauen bei den Promotionen und der noch niedrigere Anteil bei den Habilitationen verdeutlicht die Notwendigkeit gezielter Förderung von Frauen beim akademischen Nachwuchs im Lande Bremen. Zur Erhöhung des Frauenanteils im Hochschulbereich wurde in den vergangenen Jahren sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um bestehende Benachteiligungen sowie die Unterrepräsentanz von Frauen im Wissenschaftsbereich abzubauen. Die unzureichende Beteiligung von Frauen bedeutet ein erhebliches Effizienz- und Exzellenzdefizit an den deutschen Hochschulen, da das vorhandene Innovationspotential nicht voll ausgeschöpft wird.

Der Gleichstellungsauftrag umfasst eine quantitative und qualitative Dimension. Zu seiner Umsetzung im Wissenschaftsbereich sind starre Zielvorgaben oder Quoten oder Sanktionsmechanismen keine optimale Lösung. Mit der Novelle des Bremischen Hochschulgesetzes erhalten die Hochschulen im Lande Bremen durch die Ausweitung des Satzungsrechts einen größeren Gestaltungsspielraum. Dieser Gestaltungsspielraum kann und soll zu einer gezielten und insbesondere auf Anreiz- und Belohnungsmechanismen setzenden Frauenförderung im Lande Bremen genutzt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. bei der Genehmigung der von den Hochschulen vorgelegten Grundordnungen und Satzungen darauf zu achten, dass die Hochschulen in ihren Grundordnungen und Satzungen Belange der Frauenförderung angemessen berücksichtigen;
2. für die Frauenbeauftragten sicher zu stellen, dass sie sich über alle den Gleichstellungsauftrag berührenden Belange informieren, an allen Gremien mit beratender Stimme teilnehmen, Anträge stellen und Sondervoten bei Berufungsverfahren an den Senator weiterleiten können;
3. in den Kontrakten mit den Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen Fortschritte bei der Erfüllung des Gleichstellungsauftrages zu berücksichtigen und mit finanziellen Anreizen im Rahmen der leistungsorientierten Mittelvergabe zu verbinden;
4. zu prüfen, inwieweit eine gezielte Förderung des weiblichen akademischen Nachwuchses durch die Auflage von Sonderprogrammen wie z. B. Promotions- und Habilitationsstipendien an den Hochschulen im Lande Bremen nach Möglichkeit unter Einbeziehung von Spendern und Stiftungen verwirklicht werden kann.

Dr. Iris Spieß, Karin Tuczek, Annedore Windler,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU

Birgit Busch, Ursula Arnold-Cramer,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD